

Der aus der Schweiz stammende Autor Benjamin Schett, fragt sich, warum europäische Sozialdemokraten und Grüne ihre Bereitschaft zum Krieg als Eintreten für "humanitäre Interventionen" kaschieren.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 176/12 – 30.09.12

Europäische Linke verkaufen ihre Bereitschaft zum Krieg als Eintreten für "humanitäre Interventionen"

Von Benjamin Schett
Global Research, 21.09.12

(<http://www.globalresearch.ca/europes-pro-war-leftists-selling-humanitarian-intervention/>)

"Ich glaube an zwei Grundsätze: Nie wieder Krieg und nie wieder Auschwitz! [1]"

Diese Worte waren im Mai 1999 auf einer Tagung der Grünen Partei Deutschlands zu hören – während des NATO-Bombenkrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, an dem auch Deutschland beteiligt war. Gesprochen hat sie der grüne Politiker Joschka Fischer, der damalige Außenminister Deutschlands. Mit seiner Aussage wollte er den Krieg gegen das serbische Volk rechtfertigen, das bereits in zwei Weltkriegen unter dem deutschen Imperialismus zu leiden hatte.

In den 70er Jahren war der selbe Herr Fischer ein radikaler linker Aktivist, und in den 80er Jahren wurde er zu einem der Väter der Grünen Partei Deutschlands. Hinter deren Gründung stand die Absicht, den unterschiedlichen Gruppierungen von Umweltschützern und Kriegsgegnern eine politische und parlamentarische Vertretung zu geben. Hätte es in dieser Zeit irgendjemand für möglich gehalten, dass die gleiche Partei gegen Ende des Jahrtausends eine aktive Rolle in einem Angriffskrieg gegen Jugoslawien spielen würde, wäre er für verrückt erklärt worden. Damals war eine direkte deutsche Beteiligung an irgendeinem Krieg noch völlig tabu, und kein Linker oder Rechter hätte es gewagt, eine solche Option auch nur in Betracht zu ziehen; nach 1945 waren sich alle einig, dass von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe.

Es ist wichtig, diese politische Ausgangslage in Deutschland, die auf große Teile Westeuropas ausstrahlte, zu kennen, wenn man verstehen will, wie es dazu kam, dass viele "Mainstream-Linke" in unseren Tagen zu Kriegstreibern wurden, die manchmal noch extremere Positionen als ihre konservativen Gegenspieler vertreten.

Ihr Eintreten für das in sich widersprüchliche Konzept des "humanitären Interventionismus" – das zum Beispiel 1999 gegen Jugoslawien und 2011 gegen Libyen praktiziert wurde – macht diese angeblich "progressiven" Politiker so gefährlich. Die ihnen zugebilligte moralische Autorität lässt sie viel glaubwürdiger erscheinen, als die offen hetzenden neokonservativen Hassprediger.

In Westeuropa gehören die meisten Befürworter militärischer Gewalt unter den Mainstream-Linken zu grünen oder sozialdemokratischen Parteien. Einer der ersten Verfechter der militärischen "humanitären Intervention" war Daniel Cohn-Bendit, ein Mitglied der Grünen Partei Frankreichs. Er gehört auch zu den Befürwortern der Abschaffung der europäischen Nationalstaaten zu Gunsten einer stärkeren Europäischen Union. Während des Bürgerkriegs in der ehemaligen jugoslawischen Republik Bosnien forderte Cohn-Bendit

Bombenangriffe auf die Serben und beschuldigt alle, die nicht damit einverstanden waren, die gleiche Schuld auf sich zu laden, wie diejenigen, die ihre Augen vor dem Massenmord der Faschisten im Zweiten Weltkrieg verschlossen:

"Schande über uns! Wir, die Generation, die unsere Eltern-Generation wegen ihrer politischen Feigheit verachtete, schauen jetzt noch tatenloser, kraftloser und pharisäerhafter zu, wie die bosnischen Muslime einer ethnischen Säuberung zum Opfer fallen." [2]

Tatsächlich wurde die Masche, Parallelen zu den Verbrechen der Nazis zu ziehen, um Gegner einer gewaltsamen Durchsetzung geostrategischer Interessen des Westens zu dämonisieren, während des Bosnien-Krieges perfektioniert. Ein typischer Fall war die Story von den so genannten Todeslagern in Bosnien: Im August 1992 veröffentlichte eine britische Zeitung das Foto eines abgezehrten Mannes hinter einem Zaun, das als Beweis für die Existenz serbischer Gefangenenlager dienen sollte, die den Konzentrationslagern der Nazis glichen. Der deutsche Journalist Thomas Deichmann fand jedoch später heraus, dass der Mann außerhalb des Zauns stand und nicht hinter Stacheldraht eingesperrt war. [3] Natürlich bestanden Internierungslager auf allen Seiten, und es ist nicht zu bezweifeln, dass dort häufig schreckliche Bedingungen herrschten. Bezeichnend ist jedoch, dass die westliche Propaganda die Kroaten und die Muslime weißzuwaschen und als Opfer darzustellen versuchte, die bosnischen Serben aber gleichzeitig als Barbaren darstellte und mit den Nazis verglich.

Die Benutzung falscher Etiketten zu Dämonisierung einzelner Gegner oder sogar ganzer Bevölkerungen ist nicht neu in schmutzigen Propaganda-Kriegen. Ein entpolitisiertes Verständnis des Faschismus als Form des Nationalismus macht es postmodernen Linken möglich, Angriffskriege als "humanitäre Interventionen" und somit als "antifaschistische Aktionen" darzustellen. Nach der traditionellen linken Definition des Antifaschismus ist Faschismus aber nicht nur eine chauvinistisch-rassistische Ideologie, er hat auch einen ökonomischen Hintergrund, weil er eine Allianz mit der Hochfinanz, der Rüstungsindustrie und den politischen Eliten eingeht.

Als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im März 2011 die Resolution 1973 zur Errichtung einer Flugverbotszone über Libyen verabschiedete, die als Vorwand für einen Überfall auf das Land diente, enthielt sich Deutschland gemeinsam mit Russland, China, Indien und Brasilien der Stimme. Die konservativ-liberale deutsche Koalitionsregierung wurde aus sozialdemokratischen und besonders aus grünen Kreisen stark kritisiert, weil sie den Krieg nicht offen unterstützte. Der frühere Außenminister Joschka Fischer griff seinen Nachfolger Guido Westerwelle heftig an, weil der sich dem Beschluss der Kriegstreiber nicht angeschlossen hatte, und fügte hinzu, Deutschland könne jetzt "einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat vergessen". [4]

Deshalb kann es nicht überraschen, dass in dem gegenwärtigen Konflikt in Syrien – der wie die vorherigen Bürgerkriege in Jugoslawien und Libyen maßgeblich vom Westen inszeniert und finanziert wird – grüne Politiker und andere liberale Linke in Westeuropa zu den stärksten Befürwortern einer Politik der Eskalation gegen die Regierung Al-Assads gehören. Claudia Roth, eine der beiden derzeitigen Vorsitzenden der Grünen Partei Deutschlands, schrie kürzlich bei einer Fernsehdebatte über Syrien alle Stimmen der Vernunft nieder, die für Verhandlungen mit der Regierung Al-Assads plädierten. [5] Eine solche Stimme war der Autor und Politiker Jürgen Todenhöfer, der in dem Konflikt eine ausgewogene Position vertritt und kürzlich für ein Interview mit Al-Assad nach Damaskus reiste, damit die westliche Welt auch einmal die "andere Seite" hören konnte. [6] Die Tatsache, dass jemand auch Al-Assad zu Wort kommen ließ, war bereits zu viel für Frau Roth, die aus ihrer Verärgerung über Todenhöfers Reise nach Syrien keinen Hehl machte.

Zur gleichen Zeit sprach François Hollande, der neu gewählte "sozialistische" Präsident Frankreichs, als erstes westliches Staatsoberhaupt offen über die Möglichkeit eines Angriffs auf Syrien. In seinem Statement ließ er die Welt wissen, dass er "eine internationale Militärintervention in Syrien nicht ausschließe". [7]

Mit der Wahl Hollandes zum Staatspräsidenten wollten viele Menschen die fünfjährige reaktionäre, neoliberale und korrupte Politik des Nicolas Sarkozy beenden und durch eine humanere Art des Regierens ersetzen. Was die Außenpolitik angeht, scheint Hollande aber die neoliberale Kolonialpolitik seines Vorgängers fortsetzen zu wollen. [8]

Bei den Konflikten in Libyen und in Syrien forderte Bernard-Henri Lévy, ein Vertreter der "neuen" französischen Philosophie, der als berufsmäßiger Selbstdarsteller häufig von den Medien verspottet wird, seine Regierung jeweils auf, zu intervenieren und das "Töten unschuldiger Zivilisten" zu unterbinden. [9] Natürlich verkaufte er seinen offenen Aufruf zum Krieg als humanitäre Graswurzelaktion. In einem offenen Brief an den französischen Präsidenten, der u. a. von der Huffington Post verbreitet wurde, benutzte Lévy das Massaker von Hula als Rechtfertigung für eine Intervention. [10] Die erwiesene Tatsache, dass die Opfer dieses schrecklichen Verbrechens Unterstützer der Regierung Al-Assads waren, die von Aufständischen getötet wurden [11], kann diese "tugendhaften menschenfreundlichen Aktivisten" nicht an ihrer Schwarz-Weiß-Malerei hindern.

Von dem "Auschwitz-Vergleich" in Bosnien und im Kosovo bis zu dem "syrischen Diktator", der Frauen und Kinder abschlachten lässt – die Strategie, den Widerstand der Menschen gegen Angriffskriege durch Appelle an ihr Schuldbewusstsein und die Aufforderung, "diesmal nicht wegzuschauen", zu brechen, bleibt immer die gleiche. Und keiner spielt diese falsche Spiel besser als die "progressiven Samariter" unserer Tage.

Kehren wir, all das bedenkend, zum Beispiel Deutschland zurück. Bis heute beteiligt sich die Regierung dieses Staates aktiv an der Verbreitung anti-syrischer Propaganda, hat aber bisher nicht offen in den Chor der Kriegsbefürworter eingestimmt, was nach ihrer Beteiligung an der "progressiven Desinformationskampagne" eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Obwohl nicht viel Positives über die neoliberale, US-hörige Politik der Regierung unter Kanzlerin Merkel gesagt werden kann, scheint die gegenwärtige deutsche Regierung nicht so stark zu militärischen Abenteuern zu neigen wie die Opposition aus Grünen und Sozialdemokraten, denn sie setzt sich zumindest verbal auch weiterhin für "eine diplomatische Lösung" ein. [12] Auch die jetzige Regierung lehnt Interventionen (wie der Bundeswehreininsatz in Afghanistan zeigt) keineswegs vollkommen ab [13]; wenn nach der Wahl im Jahr 2013 aber wieder eine Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen die Regierung stellen sollte, könnte es wieder so schlimm werden, wie es von 1998 bis 2005 schon einmal der Fall war. Immerhin haben diese beiden Parteien es damals geschafft, ein historisches Tabu zu brechen und zum ersten Mal seit 1945 der deutschen Bevölkerung wieder einen Krieg schmackhaft zu machen.

Anmerkungen / Notes

[1] http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/docpage.cfm?docpage_id=4440 .

[2] http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=281&story_ID=19&slide_ID=3 .

[3] http://web.archive.org/web/19991110185707/www.informinc.co.uk/LM/LM97/LM97_Bosnia.html .

[4] Süddeutsche Zeitung (German): <http://www.sueddeutsche.de/politik/streitfall-libyen-einsatz-deutsche-aussenpolitik-eine-farce-1.1075362>

[5] <http://www.ardmediathek.de/das-erste/hart-aber-fair/21-00-besser-wegschauen-und-stillhalten-darf-uns-syrien?documentId=11083714> .

[6] <https://www.youtube.com/watch?v=NBjlpY1qX28> .

[7] <http://www.spiegel.de/international/world/french-president-leaves-open-possibility-of-military-intervention-in-syria-a-835906.html> .

[8] During his presidency, Sarkozy was responsible for militarised intervention both in Cote d'Ivoire and Libya.

[9] <http://www.guardian.co.uk/world/2012/may/25/levy-libya-film-screening-cannes-festival> .

[10] http://www.huffingtonpost.com/bernardhenri-levy/syria-massacre-houla_b_1552380.html .

[11] See for example: <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=31455> .

[12] <http://www.tagesschau.de/ausland/syrien1576.htm> l.

[13] All this, however, despite the fact that the German army and Federal Intelligence Service is providing military aid to the insurgents in Syria. See: <http://www.wsws.org/articles/2012/aug2012/syri-a21.shtm>

(Wir haben den uns leider nur in Englisch vorliegenden Artikel des aus der Schweiz stammenden Autors Benjamin Schett komplett übersetzt und mit einer Ergänzung in runden Klammern versehen. Die durch Ziffern in eckigen Klammern gekennzeichneten Anmerkungen hat der Autor selbst eingefügt. Anschließend drucken wir den englischen Text ab.)



Europe's Pro-War Leftists: Selling "Humanitarian Intervention"

By Benjamin Schett

September 21, 2012

"I believe in two principles: never again war and never again Auschwitz."[1]

These words could be heard at a convention of the Green Party of Germany in May 1999, during the NATO bombing campaign against the Federal Republic of Yugoslavia in which Germany participated. The speaker was the Green politician Joschka Fischer, Germany's Foreign Minister at the time. His comment was meant to be a justification for the war against the Serbian people, the same people that already had to suffer under German imperialism in two World Wars.

In the 70s this same Mr. Fischer was a radical leftist activist and in the 80s he became one of the founders of Germany's Green Party. The premise behind its creation was to give political and parliamentary representation to all the different environmentalist and anti-war groups. At that time, if anyone had spoken about the possibility that this same party would one day play an active role in a war of aggression against Yugoslavia at the end of the millennium, it would have been labeled as absurd. In fact, direct German involvement in any war used to be completely taboo and no one from the Left or from the Right would have even dared to consider such an option; the popular consensus was that after 1945, no war would be started out of Germany ever again.

This political transition in Germany, which has been mirrored across much of Western Europe, is important for understanding how it came to pass that many mainstream "leftists" became modern-day warmongers, sometimes to even greater extremes than their conservative counterparts.

It is their promotion of the self-contradictory concept of "humanitarian interventionism" (as carried out, for example against Yugoslavia in 1999 and Libya in 2011) that has come to make the approach of allegedly "progressive" policy-makers so subversive. Their moral authority is spun as being much more credible than the more blatant ranting of neo-conservative preachers of hate.

In Western Europe, most proponents of militarisation on the mainstream Left are associated with Green or Social Democratic parties. One of the first advocates of militarized "humanitarian intervention" was Daniel Cohn-Bendit, member of the Green Party of France. He was also one of the masterminds behind the abolition of European nation states in favour of a stronger European Union. During the Civil War in the former Yugoslav Republic of Bosnia, Cohn-Bendit demanded that the Serbs had to be bombed, and anyone who didn't agree with that would carry the same burden of guilt as those who turned a blind eye to the Fascist mass murder in World War Two:

"Shame on us! We, the generation that held our parents' generation in such contempt because of its political cowardice, now we watch on seemingly helpless, powerless and yet still holier-than-thou as the Bosnian Muslims are ethnically cleansed." [2]

Indeed, the ploy of drawing parallels with Nazi crimes in order to demonise a rival who stands in the way of Western geostrategic interests was perfected during the Bosnian war. A case in point was the story of the so-called death camps in Bosnia: In August 1992, a British newspaper published a photograph of an emaciated man behind a fence, which was supposed to be proof of the existence of Nazi-style concentration camps run by Serbs. However, as German journalist Thomas Deichmann later found out, the man was standing outside the fence and therefore was not imprisoned behind barbed wire. [3] To be sure, detention camps existed on all sides and there is no doubt that conditions there were often horrific. The point, however, is that Western propagandists tried to whitewash the Croat and Muslim sides, portraying them wholly as victims, while at the same time presenting the Bosnian Serbs as barbarians and Nazis.

Using labels to demonize opponents or even whole populations is not a new concept when it comes to the mudslinging of propaganda wars. A de-politicised understanding of Fascism merely as a form of nationalism makes it possible for postmodern leftists to present wars of aggression as "humanitarian interventions" and therefore as "anti-fascism" in action. The more traditional leftist idea of anti-fascism would view fascism not only as a chauvinist/racist ideology, but would also consider its economic background and the alliance of high finance, the arms industry and political elites.

When the United Nations Security Council proposed Resolution 1973 on the establishment of a no-fly zone over Libya in March 2011, which served as a pretence for attacking the country, Germany abstained from voting, along with Russia, China, India and Brazil. The German conservative-liberal coalition government was heavily criticised by Social Democratic and especially Green circles for not taking a stronger pro-war stance. Former Foreign Minister Joschka Fischer attacked his successor Guido Westerwelle for not having supported the resolution of the warmongers, and added that Germany could now “forget about a constant seat in the U.N. Security Council.”[4]

Therefore it is not surprising that in the current conflict in Syria (which is significantly orchestrated and financed by the West, as were the civil wars in Yugoslavia and Libya), Western Europe’s Green politicians and other liberal leftists are the strongest proponents of a policy of escalation towards the Al Assad government. Claudia Roth, one of the two current German Green Party chairs, recently hosted a TV debate on Syria and shouted down any voice of reason pleading for negotiations with the Al Assad government.[5] One of them was writer and politician Jürgen Todenhöfer, who holds a balanced position on the conflict and recently travelled to Damascus for an interview with Al Assad, in order to let the Western world hear the “other side” as well.[6] The fact that anyone let Al Assad voice his opinion was already too much for Ms. Roth, who expressed her irritation with Mr. Todenhöfer’s trip to Syria in no uncertain terms.

At the same time, the first Western head of state to openly raise the possibility of attacking Syria was France’s newly elected “socialist” president François Hollande. In his statement he let the world know that he would “not rule out international military intervention in Syria”. [7]

Hollande’s election to the presidency expressed many people’s hope that Nicolas Sarkozy’s five years of reactionary, neoliberal and corrupt leadership would be replaced by a more humane way of governing. Unfortunately, when it comes to foreign policy, Hollande seems to carry on his predecessor’s neo-colonial agenda.[8]

In the cases of both Libya and Syria, Bernard-Henri Lévy, a French “nouveau” philosopher, professional self-promoter and frequent object of media mockery, called upon his government to intervene and prevent the “killing of innocent civilians”. [9] Of course his open call for war was sold as humanitarian grassroots activism. In an open letter to the French president, published (among others) by Huffington Post, Lévy used the massacre in Hula as a justification for intervention.[10] The fact that evidence indicates that the victims of this terrible crime were supporters of Al Assad’s government who were killed by insurgents[11] doesn’t matter to the black-and-white world of these virtuous philanthropic activists.

From “Auschwitz” in Bosnia and Kosovo to a “Syrian dictator” slaughtering women and children, the strategy of overcoming people’s resistance towards wars of aggression by appealing to their guilty conscience – the “don’t turn a blind eye” tactic – stays the same. And no one plays this game better than today’s “progressive” false samaritans.

Bearing all this in mind, we return to the example of Germany. To date, the country’s government has actively participated in spreading anti-Syrian propaganda, but has not expressed a pro-intervention enthusiasm comparable to the “progressive” pro-war disinformation campaign. Although not many positive things could be said about Chancellor Merkel’s neoliberal, U.S.-friendly government, Germany’s present administration at least does not seem to be inclined to risk a military adventure to the same extent as the Green/Social Democratic opposition, and continues to speak in favour of a “diplomatic solution”. [12] And while the current government’s track record proves they are far from innocent in matters of

interventionism[13], things could get even worse during elections in 2013 if Germany's government again forms a Social Democratic/Green coalition, as was the case from 1998 to 2005. After all, they managed to pull off a historic achievement by making war presentable again to the German public for the first time since 1945.

Notes see end of translation.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern